



NABU: Weltnaturschutzgipfel muss Finanzierung für die biologische Vielfalt sichern

NABU: Weltnaturschutzgipfel muss Finanzierung für die biologische Vielfalt sichern
Tschimpke: Nötig sind 50 Milliarden Euro pro Jahr - andernfalls drohen Folgekosten in Billionenhöhe
Berlin/Hyderabad - Zum heutigen Beginn des Weltnaturschutzgipfels im indischen Hyderabad (8. -19.10.) fordert der NABU alle 193 teilnehmenden Regierungen auf, endlich die notwendigen finanziellen Weichen für die Rettung der biologischen Vielfalt zu stellen. "Alle Lippenbekenntnisse helfen nichts, wenn die Regierungen nicht endlich Taten folgen lassen. Ohne konkrete Finanzausgaben in Hyderabad riskieren wir einen unumkehrbaren Verlust der Arten und Folgekosten in Billionenhöhe", so NABU-Präsident Olaf Tschimpke.
Nach Schätzungen der Umweltverbände müssen weltweit jährlich mindestens 50 Milliarden Euro aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden, um das Artensterben zu stoppen und die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme zu erhalten. Derzeit liegen die Ausgaben bei etwa 30 Milliarden Euro pro Jahr.
Um die fehlenden 20 Milliarden Euro aufzubringen, müssen die Regierungen nun verbindlich festlegen, welche Beiträge dazu von welchen Staaten geleistet werden. "Vor allem die Industrienationen stehen in Hyderabad in der Verantwortung. Ihre Naturschutzhilfen an die Entwicklungsländer müssen mindestens verdoppelt werden, von derzeit etwa fünf auf zehn Milliarden Euro jährlich. Dies kann auch durch eine schrittweise Steigerung der Mittel um 20 Prozent pro Jahr erreicht werden", so NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Im Verhandlungsdokument der Konferenz findet sich bereits der Vorschlag zur zehnprozentigen Steigerung, der den meisten Industriestaaten aber zu weit geht.
Darüber hinaus fordert der NABU einen gemeinsamen Beschluss aller Staaten, einschließlich der Entwicklungsländer, die staatlichen Ausgaben für den Schutz der biologischen Vielfalt im eigenen Land von nun an jährlich um durchschnittlich zehn Prozent zu steigern.
Trotz knapper öffentlicher Haushalte sind diese Forderungen aus Sicht des NABU mehr als gerechtfertigt und erfüllbar. Laut EU-Kommission könnten die Kosten des Artenverlusts andernfalls allein in Europa bis 2050 auf jährlich eine Billion Euro steigen. Dazu zählen Verluste durch den Wegfall von Leistungen, die die Natur bislang kostenlos erbringt: zum Beispiel die Trinkwasserspeicherung und -reinigung durch Moore, die Speicherung von Treibhausgasen in Wäldern oder die unersetzlichen Bestäubungsleistungen der Insekten im Obstbau. Eine artenreiche Natur ist zudem die kostengünstigste Versicherung gegen den Klimawandel, denn sie bremst Hochwässer, mildert Dürreperioden und spart letztlich auch Gesundheitskosten.
"Wenn die Weltgemeinschaft weiterhin eine Politik des Nichtstuns an den Tag legt, müssen wir künftig auch die Kosten des Nichtstuns tragen. Dabei haben es die Staaten in Hyderabad in der Hand: Investieren sie jetzt 50 Milliarden Dollar pro Jahr, verhindern sie Folgekosten in zwanzigfacher Höhe. Diese einfache Rechnung sollte jedem Finanzminister einleuchten", so Konstantin Kreiser, NABU-Experte für Internationale Biodiversitätspolitik.
Dass das notwendige Geld vorhanden ist, beweist die EU derzeit durch ihre Agrarsubventionen. Trotz Finanzkrise sind die EU-Länder auf dem besten Wege, 40 Milliarden Euro jährlich allein für umweltschädliche Direktzahlungen an die Landwirtschaft bis 2020 zu beschließen.
Hintergrund zur Lage der Artenvielfalt:
Von den weltweit bekannten 5.500 Säugetierarten stuft die Weltnaturschutzorganisation IUCN derzeit etwa ein Viertel als vom Aussterben bedroht ein. Die am meisten gefährdete Tiergruppe der Welt sind Amphibien - von ihnen stehen etwa 40 Prozent auf der Roten Liste.
Fast ein Viertel aller Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht und ein Achtel aller Vogelarten. Die weltweit am schnellsten abnehmende Artengruppe sind Korallen. Trotz vielfältiger Bemühungen und einzelner wichtiger Erfolge bei der Rettung von Arten wird die globale Rote Liste auch heute noch immer länger.
Besorgniserregend ist die Lage auch in Europa: Die hochsubventionierte intensive Landwirtschaft hat seit 1980 schätzungsweise 300 Millionen Vögel das Leben gekostet. Gerade ehemals häufige Arten wie Kiebitz und Feldlerche sind besonders stark betroffen.
Für tagesaktuelle Einschätzungen der Verhandlungen, Hintergrundinformationen und Interviews stehen Ihnen Konstantin Kreiser ab dem 8. Oktober und NABU-Präsident Olaf Tschimpke ab dem 17. Oktober in Hyderabad zur Verfügung. Der NABU twittert zudem aus den Verhandlungen unter: http://twitter.com/NABU_de Die NABU-Forderungen und weitere Informationen zum Weltnaturschutzgipfel in Indien (CBD-COP 11): www.NABU.de/themen/naturschutz/vielfalt/cop11
Für Rückfragen: Konstantin Kreiser, NABU-Experte für Internationale Biodiversitätspolitik, mobil: 0172-4179730
NABU-Pressestelle, Telefon: 0 30.28 49 84-1510, -1722, -1952
Telefax: 0 30.28 49 84-2500, E-Mail: Presse@NABU.de
Redaktion: Kathrin Klinkusch, Britta Hennigs, Jasmin Singgih

Pressekontakt

Für Rückfragen:

53225 Bonn

Presse@NABU.de

Firmenkontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V.

53225 Bonn

Presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.